

Montag, 27. Januar 2025, Offenbach-Post / Langen/Egelsbach

UWFB: Land soll Kosten für Aufgaben tragen

Langen – Die Kosten für Aufgaben, die das Land den Kommunen zugewiesen hat, machen einen großen Batzen der städtischen Ausgaben aus. Auch in Langen belastet dies den Haushalt. Die Stadtspitze hat schon öfter mehr finanzielle Unterstützung durch das Land gefordert, zuletzt erneuerte Bürgermeister Jan Werner dies beim Neujahrsempfang. In diesem Zusammenhang fällt immer wieder der Begriff Konnexitätsprinzip, nach dem gilt: „Wer bestellt, der zahlt.“

Die UWFB Langen hat nun einen Antrag in den Gremienverlauf eingebracht, in dem sie fordert, dass eben dieses Prinzip eingehalten wird. Der Magistrat solle in Abstimmung mit dem Hessischen Städtetag alle Möglichkeiten prüfen, um die durch das Land entstandenen Kosten durch Zuweisung staatlicher Aufgaben von diesem erstattet zu bekommen, heißt es in der Vorlage der Unabhängigen Wählerversammlung, die im Parlament durch Stadtverordneten Michael Kraus vertreten ist. Grundlage sei eben jenes in der Hessischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip. Die UWFB will auch rechtliche Schritte prüfen lassen. Für ein entsprechendes Rechtsgutachten soll das Stadtparlament 10000 Euro bereitstellen. Für von Land und Bund übertragene Aufgaben entstünden allein für 2025 Kosten von mindestens 2,7 Millionen Euro, begründet die UWFB den Vorstoß. jrd